

Deutscher Reichstag.

© Berlin, 15. Dezember. (Teleg.)

Die fortgesetzte Beratung der Militärpensionsgelehrten begreift sich wesentlich in den gestern vorgegezeigten Bögen. Zumal äußerte sich der Reichsbüchsenkretär über die gestern fast allgemein bemängelte Finanzierung des Heeres. Er meinte, so arm sei das Deutsche Reich noch lange nicht, um **sechs Millionen** für die Erhaltung des Schlagfertigkeit von Heer und Marine nicht eine beständige Steuerablage aufzutragen zu können. Allerdings, umfassende finanzielle Maßregeln würden nachgerade ergriffen werden müssen; und die Regierung werde es hier am liebsten nicht reichen lassen. Warum aber müsse er den Gelegenheit rückwirkende Kraft geben? denn die dadurch entstehenden Kosten zu tragen, sei das Reich doch nicht reich genug, zumal jeder Pfennig, der dem Finner gegeben werde, gleichzeitig von einem Andern verlangt werden müsse. Dies Argument schien keine Wirkung zu verfehlen. Denn Herr Dr. Wiemer stellte sich in dieser Richtung auf den Boden der Vorlagen. Aber auch er wünschte Ausstellung neuer Grundsätze für die Pensionierung von Offizieren, die er dem diskretionären Entschluss entziehen wollte. Vor allem jedoch schloß er sich denen an, welche durch Annahme der Vorlagen keine Blankowahl auf neue Steuern auszufestigen sich bereit erklärten. Dagegen stellte sich Herr v. Tiedemann in allen Punkten auf den Boden der Vorlagen, um Offizieren wie Mannschaften doch wenigstens etwas zu geben. Ihm trat auch Herr Liebermann v. Sonnenberg bei, der im ersten eine Vorlage über die Veterandenversorgung vertrat, andererseits über der Sozialdemokratie, die die Förderung nach rückwirkender Kraft unterstützte hatte. Unter Geltung und Ha-hu-Rufen bei den Sozialdemokraten, versicherte, daß das Offizierkorps in ihr bestes Dasein leben werde, nach wenn sie Gesetzes brächten. Wahrend dieser Rede war Graf Voß d. o. v. er-schienen und batte noch füreine Konferenz mit dem Präsidenten alsbald das Haus wieder verlassen. Der letzte Praktionsredner war Herr Rommel vor der fröhlichen Bewegung. Er sprach von im weiteren Sinn wie die fröhliche Schwerpunkt aus. Die weitere Debatte drehte sich namentlich um die Verteilung der Veterandenpensionen. Die Abgeordneten Sped und Südlum bemühten in gleicher Weise die Ressortabstaltung, lehnten mit besonderer Unterstützung des Halters Reichmann, der, wie Südlum meint, ein Opfer seines Sieges über den jetzigen Kaiser geworden sei. In der ihm eigentlichem temperamentvollen Stil wandte sich der preußische Kriegsminister gegen die beiden Redner. Er stellte unter lautloser Stille des Hauses, die von vereinzelten Unterbrechungen abgelenkt, fest, daß seit 30 Jahren die Armee noch nie so gut gewesen sei wie heute. Er schärfte dann die Art, wie eine Entlastung zustande komme und betonte, daß solche nur auf Grund der jenseitigkeit geführten Qualifikationsbedürfnisse erfolge. Mit großer Schärfe wandte sich v. Einem gegen die Aufführung, daß die Veterandenpension je nach der politischen Gefinnung erfüllt oder verloren würde. Als er mit dem Ausdruck der Überzeugung geblieben war, daß General v. Kreidemann, wenn er geglaubt habe, aus Rücksicht auf eine erlöste Niederlage entlassen zu sein, damit beweise, daß er ganz kommandierenden General nicht tanze, erwiderte auf der linken Seite Kurz: Der Vorsitz vom Hause Leiterreich und es bildeten sich lebhafte disziplinäre Gruppen, so daß die Ausführungen des Abgeordneten Schickert, Graf Mielitzki, Dr. Kettner und Graf Oriola wenig Aufmerksamkeit fanden. Trotzdem von mehreren Seiten im Interesse einer beispielhaften Beratung die Vermeidung an einer befondene Kommission verlangt war, beschloß das Haus doch die Verweisung an die Budgetkommission, um sodann nach einem befällig aufgenommenen Weihnachtswunsche des Präsidenten bis zum 10. Januar in die Ferien zu gehen.

113. Sitzung.

© Berlin, 15. Dezember. (Teleg.)
Am Bundesräthliche: Freiherr v. Stengel, kriegsminister v. Einem und General v. Endres.

Fortschreibung der Generaldiskussion über beide Militär-pensionsgelehrtenwürfe.

Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Die Fortsetzung der beiden Vorlagen ist naturnah in erster Linie Sache der Preußischen Verwaltung. Bei der Bedeutung der Vorlage für die Reichsfinanzen wird auch mir ein Wert gestattet sein. Die geistige Beratung hat mich an ein altes Sprichwort erinnert: „Es reicht zu machen jedermann, in eine Kunst, die niemand kann.“ Bei Beratung der Interpellation hat man dem Bundesrat vorgeworfen, daß er die Vorlage nicht genau beobachtet habe, gestern hat man ihm vorgeworfen, daß er nicht länger gemerkt habe. Die sprühenden Punkte der Diskussion sind die rückwirkende Kraft und die Defensivfrage. Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt, daß aus norwegischer Erfahrung der Schlagfertigkeit des Heeres und der Flotte vom Reich die Defensivmittel unter allen Umständen beibehalten müssen, man die Finanzlage noch so möglichst sei. So arm ist das Reich nicht, daß es nicht in der Lage wäre, die Mittel aufzubringen, deren wir dringend bedürfen zur Verstärkung des Vaterlandes. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir mit der Vorlage einen Vorschlag über die Defensiv nicht verbunden haben, gelte dies aus zwei Gründen. Zunächst könnten wir im voraus nicht genau bemessen, wie hoch sich der finanzielle Effekt der Vorlagen stellen würde; dann hätte es bei einem Betrag von über 100 Millionen wenig Sinn, wenn man wegen 6½ Millionen dem Reichstag eine besondere Vorlage mache. Es ist wiederholt der Vorwurf gemacht worden, es fehle uns die Initiative hinreichlich der Aufarbeitung des Wehrbedarfs. Ich wiederhole zum zweiten Male, daß es nicht in unserer Absicht lag, die Initiative für die Defensivfrage dem Reichstag auszuhändigen. Nehmen wir es auf uns! Vertrauen gegen Vertrauen! Wenn wir eine solche Vorlage einbringen, dürfen wir auch auf Einzelheiten aus dem Hause reden. Ich wende mich nun in dem zweiten Differenzenpunkt, der rückwirkende Kraft. Es dürfte klar fallen, die geforderte Ausdehnung der Wehrpflichten der Offiziere vorlage auf die sogenannten Altersoffiziere mit der Erhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres in Zusammenhang zu bringen. Solche Fortbewegungen werden, sofern sie überhaupt bereitstehen, auf eine andere Basis gestellt werden müssen. Die Vorlage ist schon insofern auf diesem Grundgedanken aufgebaut, als sie rückwirkende Kraft nur vorschreibt in Rückbildung der Kriegsteilnehmer. Schon der Kriegsminister hat darauf hingewiesen, daß die Vorlage eine Stütze in der Donkarbörse findet, die das Vaterland dem Kriegsteilnehmer schuldig ist. Darüber hinaus kommen nur Rücksichten auf persönliche Befähigung bei Ausbildung einzelner Männer in die Frage der Unterstellung wahrscheinlich sein. Am übrigen möchte ich gesetzmäßig über den Ausführungen des Grafen Oriola festgestellt wissen, daß jeder Offizier mindestens behält und behalten soll, was er noch vom der bisherigen Gehaltsabrechnung erhalten hat. Graf Oriola ist nur mit besonderer Würme für die Verallgemeinerung der rückwirkenden Kraft in weitestem Umfang eingesetzt. Eine solche Verallgemeinerung würde mehrere Verbrauchswandlungen erfordern, die wir noch den vorgenommenen Verhandlungen auf mindestens 20 Millionen hielten. (Hört! Hört!) Da möcht' dem Haushalte mitteilen, daß ich mit dem preußischen Finanzminister wegen Verbesserung der Wohnungspoldauhöfe mindestens für die unteren Klassen von 1906 ab in Unterhandlung stehe. Diese Verbesserung würde auch sofort eine Verbesserung der Rentenabrechnung bedeuten. Rund sehe ich aber ganz offen, daß, wenn das Haushalte kommen sollte, die rückwirkende Kraft in dem vom Grafen Oriola angereisten Umfang zu befristet, ich nicht die Verantwortung dafür zu übernehmen vermöchte. Die Verhandlungen mit dem Finanzminister noch fortzuführen. Am besten Dingen ist das Deutsche Reich in der Tat nicht reich genug. Auch darauf hat der Kriegsminister hingewiesen. Der Rentenar ist mit den Ansprüchen durch die Rentenabrechnung abgestimmt. So wenig ich eine Schmälerung des einmal erlangten Rentenstellen lassen möchte, ebensoviel kann er durch eine spätere Änderung eine Verbesserung der leichteren in Anspruch nehmen. Dieser Gedanke der Verallgemeinerung der rückwirkenden Kraft würde eine Orliepe sein, an der nicht allein die Vorlagen, sondern jeder spätere Versuch einer Verbesserung der Lage der Beamten und Offiziere aller Voraußsicht noch scheitert. (Sehr richtig, recht!) Ich möchte den Grafen Oriola daran erinnern, daß ein Vater, möge es noch so fröhlisch sein, schließlich doch durch den Sohn, der es allzu schneidig reitet, zu Ende geritten wird. (Geisterfeier.) Am der Beziehung, daß man die Rechte des Steuerablers wahrzunehmen hat, steht ich ebenfalls auf dem Standpunkt Oriols; aber in den anderen Punkten bezüglich des Artikels 70 der Reichsverfassung kann ich Sped nicht beistehen, wenn er behauptet hat, die verbündeten Regierungen hätten es mit der Ränderung bestimmt besonders eins abob. Es ist in dem neuen Artikel 70 bestimmt, die Überhöhung nicht mehr in das Ordinarium des nächsten Jahres übergeben zu lassen, sondern in den außerordentlichen Etat und sie zur Verstärkung des Reichsbüchsen zu verwenden. Aber wenn wir das tun wollen, müssen wir in erster Linie Überhöhung haben. (Geisterfeier.) Deshalb möchte ich mit dem Bunde zusammen, daß es uns in absehbarer Zeit vernünftig sein möchte, unseres Haushaltssatz mit Überhöhung abzuhängen. (Beifall.)

Aba. v. Tiedemann (Rp.): Als Beamter muß ich sagen, daß die Zivilbeamten hinsichtlich der Renten außerordentlich aufrichtiger stehen als die Offiziere. Mein Artikel sieht das Moment der Unabsichtbarkeit einer lehrwesentlichen Stelle. Einen Bataillonskommandeur, der sein 50jähriges Jubiläum gefeiert hätte, gibt es nicht. Wir haben lebhafte Interesse daran, daß in die höheren Kommandostellen auch junge, frische Kräfte hineinkommen, und daß die Ausbildungskraft der Armees für die Kreise, aus denen für ihren Dienst bestellt, erhalten bleibt. Die Abordneten Sped und Grabauer haben bemängelt, daß über die Dienststabilität der unmittelbare Vorgesetzte entscheiden soll; aber genau ebenso entfällt wörtlich die Dienststabilität die Bestimmung, daß für die Dienststabilität die Erklärung der vorgenommenen Dienstbedarfe maßgebend sei. Das kann auch allein der Vorgesetzte beurteilen; oder soll vielleicht ein Kollegium von Kameraden darüber abstimmen? Vergleichbar den rückwirkenden Strafen geht ich dem Schriftsteller zu recht. So weitgehende Forderungen wie Graf Oriola stellt, können nicht bewilligt werden, weil sie eine zu bedeutende Mehrbelastung erfordern. Wer mehr verlangt, als die Vorlage vorsieht, erstickt deren Aufkommen. Was die zweite Vorlage betrifft, so willigen wir deren Grundprinzip. Der Unterschied zwischen Kriegs- und Friedensabnahmen muß aufgeweichen werden; denn der wirtschaftliche Schaden ist bei beiden dasselbe. Die Überarbeitung der Vorlagen an die Budgetkommission wäre theoretisch richtig, da sie eine Mehrbelastung des Staates verhindern. Außerdem wie aber die Vorlagen an die Budgetkommission, dann kommt entweder der Haushalt nicht rechtzeitig zu Stande, oder das Gesetz erleidet in der Budgetkommission ein Verzögerung erster Klasse. (Aufführung.) Dies Gesetz kann am besten in einer besonderen Kommission von etwa 21 Mitgliedern beraten werden. Meine politischen Freunde legen entschieden Gewicht darauf, daß es noch in dieser Session verabschiedet wird, im Interesse der Schlagfertigkeit der Armees. (Beifall.)

Aba. Werner (frei. Rp.): Was jetzt vorgelegt ist, hat die Mehrheit des Reichstages nicht gefordert. Über die Defensiv hat der Schriftsteller seine Meinung gegeben, und das ist doch die Hauptfrage. Es kommt sehr schon, auch sehr patriotisch, daß das Reich hierfür nicht zu arm ist, aber damit ist nicht gezeigt, wie es gemacht werden soll. Wir sind nicht geneigt, für neue Steuern oder die Erhöhung der bestehenden zu stimmen, denn es würden wieder indirekt sein. Die Reichsbeleidigung oder Heimstädterhaltung halten wir auch für besser, aber die Einzelheiten sind abweichen. Dem Reich die direkte Besteuerung zu übertragen. Die Erhöhung der indirekten Steuern würde wiederum die breiten Massen der Winderholbenden belasten. Wir sind entschiedene Gegner der Wiedersteuer. Es ist eine merkwürdige Forderung, daß Invaliden von Geburt besteuert werden sollen, damit die Invaliden des Militärdienstes höhere Pensionen erhalten. Graf Wolfe hat gesagt, es würde keinen guten Fang haben, wenn allmählich der Besteuertypus würde. Hier dient, sieht nicht wer zahlt dienen nicht. Der Schriftsteller meint, für 6½ Millionen jährlich verlorum sich nicht ein neues Steuerprojekt, aber im Haushaltswesende stehen jährlich 10½ Millionen in Frage, und die Rentenlasten sind fortwährend gestiegen; sie betrugen heutz 129 Millionen jährlich. Deshalb muss die Vollversetzung unentbehrlich wirken, wie die Defensivmittel aufgebracht werden sollen. Dafür empfiehlt sich die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Eine strenge Prüfung muß bei den neuen Vorhängen und der Erteilung des Abillberungsbescheides abnehmen. Wir möchten das Aufzähldenomen der Vorlage, aber in einer Form, die einen wirtschaftlichen Fortschritt gegen den jetzigen Aufwand darstellt. Erhebliche Bedenken haben wir gegen das Offizier-Rentenprojekt. Sped sprach vom Durus in der Armees und der Kriegsminister bestreit das. Es widerstreicht aber den Erfahrungen ebenso wie der Kabinettsoffiziere, welche der Kaiser gegen den Durus erloschen hat. Wederlich ist für uns, daß das Rentenabkommen für Offiziere vom Major aufwärts erhöht werden soll. Am Durchschnitt wird die Armee viel zu früh pensioniert. Wir halten es nicht für richtig, daß die Offiziere über äußerliche Abstufungen freien. Das jetzige System ist die Wirkung, daß die Offiziere ihren Abschied nehmen müssen, wenn sie bei der Verförderung übernommen werden. Darum erblieben vor dem Hauptamtstand des Systems. Wir halten an der Forderung fest, daß hier eine Ränderung eintreten muss. Der Kriegstag hat zweifellos das Recht, den Grundsat, noch welches bei der Rentenabrechnung verhindert wird, kennen zu lernen und sein Urteil darüber abzugeben. Es ist sehr fraglich, ob die Offiziere durch Erhöhung der Renten vor unverhältniswerte Kosten bestellt werden, dann wäre nötig, den Offizieren allgemeine Bildung zu geben. Es müßte der Lehrplan der Realakademien in den Kadettenanstalten einschließlich werden. Was die rückwirkende Kraft betrifft, so glauben auch wir nicht, daß es möglich ist, dem Reich rückwirkende Kraft zu verleihen. Mit dem ganzen Gesetz allein kann man nicht ein Brachtfinanzen machen. Die Rückwirkung war am Platze für die Kriegsminister. Damit müssen wir uns beklagen. Auch wir wollen daß Heer auf der Höhe der Preisunabhängigkeit erhalten, aber wir wollen vor allem dem bestehenden System der zu frühen Rentenabrechnungen

ein Ende machen, damit die Militärlasten nicht beständig steigen. (Beifall links.) Aba. v. Tiedemann (Rp.): Als Beamter muß ich sagen, daß die Zivilbeamten hinsichtlich der Renten außerordentlich aufrichtiger stehen als die Offiziere. Mein Artikel sieht das Moment der Unabsichtbarkeit einer lehrwesentlichen Stelle. Einen Bataillonskommandeur, der sein 50jähriges Jubiläum gefeiert hätte, gibt es nicht. Wir haben lebhafte Interesse daran, daß in die höheren Kommandostellen auch junge, frische Kräfte hineinkommen, und daß die Ausbildungskraft der Armees für die Kreise, aus denen für ihren Dienst bestellt, erhalten bleibt. Die Abordneten Sped und Grabauer haben bemängelt, daß über die Dienststabilität der unmittelbare Vorgesetzte entscheiden soll; aber genau ebenso entfällt wörtlich die Dienststabilität die Bestimmung, daß für die Dienststabilität die Erklärung der vorgenommenen Dienstbedarfe maßgebend sei. Das kann auch allein der Vorgesetzte beurteilen; oder soll vielleicht ein Kollegium von Kameraden darüber abstimmen? Vergleichbar den rückwirkenden Strafen geht ich dem Schriftsteller zu recht. So weitgehende Forderungen wie Graf Oriola stellt, können nicht bewilligt werden, weil sie eine zu bedeutende Mehrbelastung erfordern. Wer mehr verlangt, als die Vorlage vorsieht, erstickt deren Aufkommen. Was die zweite Vorlage betrifft, so willigen wir deren Grundprinzip. Der Unterschied zwischen Kriegs- und Friedensabnahmen muß aufgeweichen werden; denn der wirtschaftliche Schaden ist bei beiden dasselbe. Die Überarbeitung der Vorlagen an die Budgetkommission wäre theoretisch richtig, da sie eine Mehrbelastung des Staates verhindern. Außerdem wie aber die Vorlagen an die Budgetkommission, dann kommt entweder der Haushalt nicht rechtzeitig zu Stande, oder das Gesetz erleidet in der Budgetkommission ein Verzögerung erster Klasse. (Aufführung.) Dies Gesetz kann am besten in einer besonderen Kommission von etwa 21 Mitgliedern beraten werden. Meine politischen Freunde legen entschieden Gewicht darauf, daß es noch in dieser Session verabschiedet wird, im Interesse der Schlagfertigkeit der Armees. (Beifall.)

Aba. Liebermann v. Sonnenberg (wirt. Rp.): Wenn man in einem eingehenden Punkt das Grundprinzip der Rentenabrechnung aufgibt, kann man auch in den anderen Punkten weiter geben als die Militärabrechnung. Ich muß freilich jedem Redner darin recht geben, daß das neue Rentenabkommen die erwartete Vereinfachung nicht bringt. Eine Einheitlichkeit der Rentenabrechnung wird durch die Belege leider nicht erreicht werden. Die hier aufgeworfene Forderung ist nicht zu Verhinderungen führen, und ich beantrage ebenfalls Überweisung der Gesetzgebungsfrage an eine besondere Kommission. Ich freue mich, daß man der Wiedersteuer nur näher treten mag. Die Ablehnung des Gedankens des Wiedersteuers seitens der Sozialdemokratie hat mich nicht in Verwunderung gezeigt; denn die Sozialdemokratie darf von dem Standpunkt, die Unzufriedenheit im Lande lästig zu nennen, niemals einer Vorlage zustimmen, die gerecht ist, die Unzufriedenheit abschafft. (Reden bei den Sozialdemokraten.) Wie dem Reich und dem Kaiser, so kann einmal das Offizierkorps darauf angespielt sein, daß das Wohlwollen der Sozialdemokratie zu erringen, (Gehälter bei den Sozialdemokraten.) Die Ausführungen des Staatssekretärs über die Frage der allgemeinen rückwirkenden Kraft erkenne ich in vollem Umfang als durchdringend an. Ebenso sieht es überall Zustimmung gefunden zu haben, daß man dem Gesetz rückwirkende Kraft auf die Kriegsminister gibt. In Wirklichkeit haben die Kriegsminister vor keinem Vorfall von dem Gesetz. Sollte ich mich bei der Berechnung irren, so würde mir das eine Freude sein. Der Reichstag möge unter allen Umständen sich dazu verpflichten, daß die Defensivfrage vor dem 1. April erledigt wird. Seide hat unter Pradtbau noch immer keine Ansicht. Man setzte ihm eine solche in der Wiedergabe: „Das deutsche Volksetter dem deutschen Volkswertettern.“ Diese Ansicht sollte uns immer mahnen, besser zu gebeten, die in blutigen Kriegen des Reiches Größe und Einheit zu erhalten. (Beifall.)

Aba. Wonneken (frei. Rp.): Meine Freunde lieben die Vorlage im großen und jungen sympathisch gegenüber. Wir werden uns bemühen, sie unter den notwendigen Änderungen zur Verabschiedung zu bringen.

Vorteilhafte Angebote für
Teppiche, Möbelstoffe,
Tisch- u. Diavdecken, Felle,
Vorlagen, Kissen,
Reise- und Schlafdecken.

Restbestände von Gardinen,
Portieren u. Lammrequins,
mit besonderer Preismässigung.

Echte Perser-Teppiche in antiken und neuen Exemplaren.



G. B. Schrödter,
Neumarkt 31 und 33.

Patent-Koffer Moritz Mädler Reise-Taschen
8 Petersstrasse 8.